Kersten/Lindner
Handbuch Besoldungsrecht

Handbuch Besoldungsrecht

Rechtsgrundlagen, Besoldungssystem, Rechtsschutz

Herausgegeben von

Dr. Jens Kersten

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Josef Franz Lindner

o. Professor an der Universität Augsburg

2. Auflage 2026

C.H.BECK

Zitiervorschlag: Kersten/Lindner BesoldungsR-HdB/Bearbeiter § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 80337 6

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 2. Auflage

Das Besoldungsrecht ist ein zentrales Steuerungsinstrument des Beamtenrechts. Es wird maßgeblich durch die (neue) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Alimentationsprinzip geprägt. Die zunehmend komplexe Rechtslage des Besoldungsrechts wird durch den europarechtlichen Einfluss auf die Gestaltung des Beamten- und Besoldungsrechtsverhältnisses noch gesteigert. Dabei hat sich auf der Ebene der europäischen Eigenverwaltung ein eigenes Dienst- und damit auch Besoldungsrecht herausdifferenziert, das seinen eigenen Rationalitäten folgt. Darüber hinaus lässt sich im Besoldungs- und Versorgungsrecht unmittelbar nachlesen, was der Gesellschaft ein öffentlicher Dienst für das Allgemeinwohl in der Finanz- und Schuldenkrise wert ist. Auch der demographische Wandel schlägt sich direkt im Besoldungsrecht nieder: Wer kommt überhaupt noch in den Genuss des Alimentationsprinzips? Hier hat sich die demographische Schere längst geöffnet. Während vor allem ältere Generationen den Beamtenstatus und seine Versorgung genießen, bleibt abzuwarten, inwieweit dieser auch noch der jüngeren Generation gewährt werden wird. Welche Folgen hat dies für die Verwaltung einer Gesellschaft, in der die sozialen, ökonomischen und politischen Friktionen eher zu-, denn abnehmen? Aber auch in den speziellen Besoldungsverhältnissen der Richterinnen und Richter, der Soldatinnen und Soldaten und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind die allgemeinen gesellschaftlichen Spannungen unmittelbar präsent. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen möchte das vorliegende Handbuch einen Beitrag zur systematischen Erfassung und zur praktischen Anwendung des Besoldungsrechts der Länder, des Bundes und der Europäischen Union leisten.

Wir danken ganz herzlich Frau Dr. Katja Haberzettl, die das vorliegende Handbuch seitens des Hauses C. H. Beck mit stets weiterführenden Hinweisen und sehr viel Geduld begleitet und gefördert hat.

Augsburg und München, im Frühjahr 2026

Jens Kersten
Josef Franz Lindner

Autorenverzeichnis

Herausgegeben von:

Dr. Jens Kersten ..... o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Josef Franz Lindner ..... o. Professor an der Universität Augsburg

Bearbeitet von:

Dr. Ralf Brinktrine ..... o. Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Dr. Dirk Diehm ..... Richter am Oberlandesgericht Bamberg

Dr. Daniela A. Heid ..... Professorin an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl

Dr. Jens Kersten ..... o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Karlheinz Konrad ..... Präsident des Finanzgerichts München

Dr. Josef Franz Lindner ..... o. Professor an der Universität Augsburg

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Jürgen Mangerich ..... Regierungsdirektor a. D., zuletzt Bundesministerium der Verteidigung, Bonn

Dr. Thorsten Ingo Schmidt . o. Professor an der Universität Potsdam

Dr. Thomas Spitzlei ..... o. Professor an der Universität Bayreuth

Im Einzelnen haben bearbeitet:

Dr. Ralf Brinktrine	§ 8 Wechselwirkungen mit anderen Vorschriften des Beamtenrechts (Allgemeines Beamtenrecht, Beamtenversorgungsrecht, Disziplinarrecht), § 9 Rechtsschutz im Besoldungsrecht
Dr. Dirk Diehm	§ 11 Besoldung der Richter und Staatsanwälte
Dr. Daniela A. Heid	§ 15 Besoldung von EU-Bediensteten
Dr. Jens Kersten	§ 1 Das Besoldungsrecht im System der Rechtsordnung (zusammen mit Dr. Lindner), § 3 Besoldungsrecht und Verfassungsrecht
Karlheinz Konrad	§ 4 Das Besoldungsrecht im Mehrebenensystem, § 7 Das Besoldungsrechtsverhältnis
Dr. Josef Franz Lindner	§ 1 Das Besoldungsrecht im System der Rechtsordnung (zusammen mit Dr. Kersten), § 2 Historische Entwicklung, § 12 Besoldung der Professoren und hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen
Jürgen Mangerich	§ 13 Die Besoldung der Soldaten
Dr. Thorsten Ingo Schmidt	§ 5 Besoldungsbestandteile,§ 6 Die Bemessung der Besoldung
Dr. Thomas Spitzlei	§ 10 Besonderheiten kraft räumlicher Verwendung, § 14 Anwärterbezüge

Inhaltsübersicht

Vorwort V
Autorenverzeichnis VII
Im Einzelnen haben bearbeitet IX
Inhaltsverzeichnis XIII
Abkürzungsverzeichnis XXIX
Literaturverzeichnis XXXIX

1. Kapitel: Grundlagen

§ 1 Das Besoldungsrecht im System der Rechtsordnung 1
§ 2 Historische Entwicklung 16
§ 3 Besoldungsrecht und Verfassungsrecht 30
§ 4 Das Besoldungsrecht im Mehrebenensystem 86

2. Kapitel: Allgemeines Besoldungsrecht in Bund und Ländern

§ 5 Besoldungsbestandteile 111
§ 6 Bemessung der Besoldung 158
§ 7 Das Besoldungsrechtsverhältnis 175
§ 8 Wechselwirkungen mit anderen Vorschriften des Beamtenrechts (Allgemeines Beamtenrecht, Beamtenversorgungsrecht, Disziplinarrecht) 232
§ 9 Rechtsschutz im Besoldungsrecht 250

3. Kapitel: Besonderes Besoldungsrecht in Bund und Ländern

§ 10 Besonderheiten kraft räumlicher Verwendung 293
§ 11 Besoldung der Richter und Staatsanwälte 318
§ 12 Besoldung der Professoren und hauptberuflichen Mitglieder der Hochschulleitungen 345
§ 13 Die Besoldung der Soldaten 363
§ 14 Anwärterbezüge 402

4. Kapitel: Besoldungsrecht der EU-Bediensteten

§ 15 Besoldung von EU-Bediensteten 429

Sachverzeichnis 469

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Autorenverzeichnis VII
Im Einzelnen haben bearbeitet IX
Inhaltsübersicht XI
Abkürzungsverzeichnis XXIX
Literaturverzeichnis XXXIX

1. Kapitel: Grundlagen

§ 1 Das Besoldungsrecht im System der Rechtsordnung 1
A. Anwendungsbereich des Besoldungsrechts 2
I. Personeller Anwendungsbereich 2
1. Beamtenbesoldung 2
2. Richterbesoldung 3
3. Soldatenbesoldung 3
II. Sachlicher Anwendungsbereich 3
1. Leistungen im Sinne des Besoldungsrechts 3
2. Leistungen außerhalb des Besoldungsrechts 4
B. Weitere Vergütungssysteme im Bereich des Öffentlichen Dienstes 5
I. Abgeordnetenentschädigung 5
1. Abgeordnete des Deutschen Bundestages 5
2. Abgeordnete der Landtage 7
II. Bezüge der Mitglieder von Regierungen 8
1. Bundesregierung 8
2. Regierungen der Länder 8
III. Bezüge des Bundespräsidenten 9
IV. Bezüge kommunaler Wahlbeamter 10
1. Bürgermeister 10
2. Gemeinderatsmitglieder 10
V. Vergütung privatrechtlicher Beschäftigter im öffentlichen Dienst ... 10
C. Besoldungsrecht als konkretisiertes Beamtenverfassungsrecht 11
I. Verfassungsrechtliche Rahmenvorgaben 11
II. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums 12
1. Alimentationsprinzip 12
2. Leistungsprinzip 13
D. Besoldungsrecht im föderalen Mehrebenensystem 14
E. Vorgaben des EU-Rechts 15
F. Regelungsgegenstände des Besoldungsrechts 15
§ 2 Historische Entwicklung 16
A. Historische Herausbildung der heutigen Grundsätze des Besoldungsrechts 16
I. Alimentation durch Geldbezüge 17
II. Rechtsanspruch auf Besoldung 17
III. Postulat der Amtsangemessenheit 17
IV. Gesetzesvorbehalt 18
B. Die Entwicklung des Besoldungsrechts bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes 18
I. Die Entwicklung bis zur Weimarer Reichsverfassung 18

1. Reichsverfassung von 1871 18
2. Reichsbesoldungsrecht 18
3. Besoldungsrecht der Länder 19
II. Das Besoldungsrecht in der Weimarer Republik 19
1. Weimarer Reichsverfassung von 1919 19
2. Reichsbesoldungsrecht 19
3. Besoldungsrecht der Länder, Besoldungssperrgesetz von 1920 20
III. Das Besoldungsrecht im „Dritten Reich“ 20
C. Die Entwicklung des Besoldungsrechts unter dem Grundgesetz 21
I. 1949 bis 1975 21
1. Gesetzgebungskompetenzen 21
2. Das Problem der sich „aufschaukelnden Besoldung“ 21
3. Gegenstrategien 22
II. Öffnungstendenzen innerhalb des Besoldungszentralismus (1975 bis 2006) 24
III. Die Reföderalisierungsreform des Jahres 2006 24
1. Föderalismusreform I 24
2. Erste Reaktionen in den Ländern 25
3. Grundsätzlichere Neuregelungen 25
D. Fazit und Ausblick 28
§ 3 Besoldungsrecht und Verfassungsrecht 30
A. Einleitung 32
B. Kompetenzordnung 32
I. Grundgesetz 1949 32
II. Verfassungsreform 1969 33
III. Verfassungsreform 1971 33
IV. Föderalismusreform 2006 33
V. Entwicklung 35
C. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums 35
I. Hergebrachte Grundsätze 36
1. Gehalt 36
2. Funktion 39
3. Struktur 40
II. Verfassungsrechtliche Systematik 45
1. Gleichheit 45
2. Familie 46
3. Eigentum 47
4. Rechtsstaat 47
5. Sozialstaat 48
III. Ausgestaltung 48
1. Gesetzesvorbehalt 48
2. Amtsangemessene Besoldung 53
3. Besoldungskürzungen 66
D. Kontrolle 70
I. Kontext 70
1. Institutionelle Konsistenz des Berufsbeamtentums 70
2. Gewaltenteilung 72
3. Konzept 74
II. Erster Prüfungsschritt: Gewährleistung der Mindestbesoldung (Vorabprüfung) 75
III. Zweiter Prüfungsschritt: Fortschreibungsprüfung 75
1. Erste Prüfungsstufe: Volkswirtschaftlicher und besoldungssysteminterner Vergleich 76

2. Zweite Prüfungsstufe: Alimentationsbezogene Würdigung 80
IV. Dritter Prüfungsschritt: Ausnahmen 84
1. Rechtfertigung 84
2. Besoldungsrechtliche Differenzierung 85
E. Perspektiven 85
§ 4 Das Besoldungsrecht im Mehrebenensystem 86
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben 87
B. Die Besoldung der Bundesbeamten 90
I. Gesetzgebungskompetenz aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 8 GG 90
II. Ausgestaltung durch das Bundesbesoldungsgesetz 90
III. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich des Bundesbesoldungsgesetzes 90
C. Die Besoldung der Landesbeamten 91
I. Gesetzgebungskompetenz aus Art. 30, 70 Abs. 1 GG 91
II. Übergangsweise Fortgeltung des Bundesrechts gemäß Art. 125a Abs. 1 GG 91
III. Ausgestaltung durch Landesbesoldungsgesetze 91
IV. Besoldungswettbewerb 93
1. Wettbewerbsföderalismus 93
2. Wettbewerb und Mobilitätsförderung 95
3. Besoldung und die öffentlichen Haushalte 96
4. Besoldung, Lebenshaltungskosten und Kaufkraft 97
5. Amtsangemessene Besoldung als Grenze der Besoldungsdifferenzierung 98
6. Bundestreue als Grenze der Besoldungsdifferenzierung 101
7. Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers und Evidenzkontrolle des Bundesverfassungsgerichts 102
D. Die Besoldung der kommunalen Beamten 103
I. Einbeziehung der Kommunen in die Landesbesoldungsgesetze 103
II. Besoldung und kommunales Selbstverwaltungsrecht 103
III. Eigene besoldungsrechtliche Spielräume der Kommunen 103
IV. Insbesondere Stellenobergrenzen und Dienstpostenbewertung 104
V. Insbesondere die Besoldung der kommunalen Wahlbeamten 104
E. Öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften 105
F. Der Einfluss des Unionsrechts 106
I. Einwirkungsmodalitäten des Unionsrechts 106
II. Der Einfluss der Grundfreiheiten, insbesondere der Freizügigkeit 106
III. Diskriminierungsverbote des Art. 21 GRCh 107
IV. Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts 107
1. Das Gebot der Entgeltgleichheit 107
2. Sonstige Diskriminierung wegen des Geschlechts 107
3. Teilzeitarbeit 107
4. Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung 108
V. Verbot der Altersdiskriminierung 108
VI. Mehrarbeit 109
VII. Elternzeit 109

2. Kapitel: Allgemeines Besoldungsrecht in Bund und Ländern

§ 5 Besoldungsbestandteile 111
A. Einführung 113
B. Überblick über die Besoldungsbestandteile und die diesen zu Grunde liegenden Prinzipien 114

I. Zahlreiche Bestandteile der Besoldung 114
II. Maßgebende besoldungsrechtliche Prinzipien 114
1. Alimentationsprinzip 115
2. Leistungsprinzip 115
3. Sozialstaatsprinzip 115
4. Verhältnis der Prinzipien zueinander 116
III. Besoldungsgerechtigkeit 116
1. Absoluter Maßstab 116
2. Relativer Maßstab 117
IV. Verbleibender Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 118
V. Veränderungen der Besoldung 118
1. Erhöhung der Besoldung 119
2. Absenkung der Besoldung 119
C. Grundgehalt 120
I. Bedeutung 120
II. Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung 120
III. Aufgaben des Beamten 120
IV. Amt des Beamten 120
1. Amt im konkret-funktionalen Sinne 121
2. Amt im abstrakt-funktionalen Sinne 121
3. Amt im statusrechtlichen Sinne 121
V. Besoldungsordnungen, -gruppen und –stufen 121
1. Überblick über die Besoldungsordnungen, -gruppen und –stufen 121
2. Besoldungsordnung A 122
3. Besoldungsordnung B 123
4. Besoldungsordnung R 123
5. Besoldungsordnung W 123
6. Besoldungsordnung C 124
D. Zuschläge 124
I. Begriff des Zuschlages 124
II. Familienzuschlag 124
1. Bedeutung 124
2. Familienzuschlag der Stufe 1 125
3. Familienzuschlag der Stufe 2 und weiterer Stufen 127
4. Gewährung des Unterschiedsbetrages 128
5. Konkurrenzregeln 128
6. Änderungen des Familienzuschlags 129
III. Ortszuschlag 129
IV. Personalgewinnungszuschlag 130
V. Sonstige Zuschläge 130
E. Zulagen 130
I. Begriff der Zulage 130
II. Amtszulagen 130
III. Stellenzulagen 131
1. Stellenzulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen 131
2. Stellenzulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes . 132
3. Stellenzulage für hauptamtliche Lehrkräfte 132
4. Allgemeine Stellenzulage 132
5. Ausgleichszulage nach § 13 BBesG 132
IV. Leistungszulagen 132
1. Bedeutung 133
2. Formelle Voraussetzungen 133
3. Materielle Voraussetzungen 134

4. Entscheidung über die Gewährung der Leistungszulage 135
5. Widerruf der Leistungszulage 136
6. Verhältnis zu anderen leistungsbezogenen Besoldungsbestandteilen 136
V. Erschwerniszulagen 136
1. Bedeutung 137
2. Formelle Voraussetzungen 137
3. Materielle Voraussetzungen 138
4. Überblick über Zulagen für einzeln abzugeltende Erschwernisse . 138
5. Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten 138
6. Überblick über Zulagen in festen Monatsbeträgen 138
7. Verhältnis der Erschwerniszulagen zueinander und zu anderen Besoldungsbestandteilen 139
VI. Sonstige Zulagen? 140
F. Prämien 141
I. Begriff der Prämie 141
II. Leistungsprämien 141
1. Bedeutung 141
2. Formelle Voraussetzungen 141
3. Materielle Voraussetzungen 141
4. Entscheidung über die Gewährung einer Leistungsprämie 142
5. Widerruf einer Leistungsprämie? 142
6. Verhältnis zu anderen leistungsbezogenen Besoldungsbestandteilen 143
III. Prämien für besondere Einsatzbereitschaft 143
1. Bedeutung 143
2. Formelle Voraussetzungen 143
3. Materielle Voraussetzungen 143
4. Entscheidung über die Gewährung einer Prämie für besondere Einsatzbereitschaft 144
5. Widerruf einer Prämie für besondere Einsatzbereitschaft? 144
IV. Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien 144
1. Bedeutung 144
2. Formelle Voraussetzungen 144
3. Materielle Voraussetzungen 145
4. Entscheidung über die Gewährung von Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien 145
5. Widerruf der Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien? 146
6. Verhältnis zu anderen Besoldungsbestandteilen 146
V. Prämien für Angehörige der Spezialkräfte der Bundeswehr 146
VI. Verpflichtungsprämie für Soldaten auf Zeit 146
VII. Vergleich der Zulagen und Prämien 147
G. Vergütungen 148
I. Begriff der Vergütung 148
II. Mehrarbeitsvergütungen für Beamte 149
III. Mehrarbeitsvergütungen für Soldaten 149
IV. Vergütungen für Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft 149
V. Vergütung für Vollziehungsbeamte der Bundesfinanzverwaltung ... 150
VI. Vergütung für Beamte im Einsatzdienst der Bundeswehrfeuerwehren 150
VII. Nebentätigkeitsvergütung 150
VIII. Sonstige Vergütungen 151
H. Auslandsbesoldung 151

I. Sonstige Bezüge ... 151
I. Anwärterbezüge ... 151
II. Vermögenswirksame Leistungen ... 151
III. Sonderzahlungen? ... 152
J. Landesrechtliche Besonderheiten ... 152
I. Baden-Württemberg ... 152
II. Bayern ... 153
III. Berlin ... 153
IV. Brandenburg ... 154
V. Bremen ... 154
VI. Hamburg ... 154
VII. Hessen ... 155
VIII. Mecklenburg-Vorpommern ... 155
IX. Niedersachsen ... 155
X. Nordrhein-Westfalen ... 155
XI. Rheinland-Pfalz ... 156
XII. Saarland ... 156
XIII. Sachsen ... 156
XIV. Sachsen-Anhalt ... 156
XV. Schleswig-Holstein ... 156
XVI. Thüringen ... 157
§ 6 Bemessung der Besoldung ... 158
A. Allgemeines ... 159
I. Besoldungsbestandteile mit und ohne Stufen ... 159
II. Bedeutung für die Besoldungsordnungen ... 159
III. Finanzielle Bedeutung der Stufen ... 159
IV. Beziehung zu den Besoldungsprinzipien ... 159
B. Bemessung des Grundgehaltes ... 160
I. Erste Einordnung in eine Erfahrungsstufe ... 160
1. Zeitpunkt der ersten Ernennung ... 160
2. Anerkennung von berücksichtigungsfähigen Zeiten ... 160
II. Aufstieg nach Stufen ... 162
1. Regelmäßiger Aufstieg ... 162
2. Verzögerter Aufstieg ... 163
3. Beschleunigter Aufstieg ... 164
4. Exkurs: Altersdiskriminierung durch Erfahrungsstufen? ... 165
C. Rechtsschutz gegen die Bemessung des Grundgehalts ... 166
I. Erstmalige Einordnung in eine Erfahrungsstufe gemäß § 27 Abs. 2 BBesG ... 166
II. Aufstieg nach Erfahrungszeiten gemäß § 27 Abs. 3 BBesG ... 166
III. Verzögerter Aufstieg nach § 27 Abs. 4 BBesG ... 166
IV. Rückkehr zur amtsangemessenen Leistung nach § 27 Abs. 5 S. 1 BBesG ... 167
V. Aufholender Aufstieg nach § 27 Abs. 5 S. 2 BBesG ... 167
VI. Vergabe einer Leistungsstufe gemäß § 27 Abs. 6 BBesG ... 167
D. Landesrechtliche Besonderheiten ... 167
I. Baden-Württemberg ... 168
II. Bayern ... 168
III. Berlin ... 168
IV. Brandenburg ... 169
V. Bremen ... 169
VI. Hamburg ... 170
VII. Hessen ... 170

VIII. Mecklenburg-Vorpommern ... 171
IX. Niedersachsen ... 171
X. Nordrhein-Westfalen ... 171
XI. Rheinland-Pfalz ... 172
XII. Saarland ... 172
XIII. Sachsen ... 173
XIV. Sachsen-Anhalt ... 173
XV. Schleswig-Holstein ... 174
XVI. Thüringen ... 174
§ 7 Das Besoldungsrechtsverhältnis ... 175
A. Die Regelung durch Gesetz ... 177
I. Das Alimentationsprinzip als Ordnungsrahmen ... 177
1. Alimentation als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums 177
2. Alimentation und Gegenleistung ... 178
II. Der besoldungsrechtliche Gesetzesvorbehalt ... 179
1. Verwurzelung in den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums ... 179
2. Landesrechtliche Ausgestaltung ... 180
3. Stellung innerhalb des BBesG ... 181
III. Verbot individueller Abweichungen vom Besoldungsrecht ... 181
1. Grundsatz ... 181
2. Zusicherungen ... 181
3. Vereinbarungen und Vergleiche ... 182
4. Versicherungsverträge ... 182
IV. Unverzichtbarkeit von Leistungen ... 183
1. Grundsatz ... 183
2. Ausnahmen und Grenzen ... 184
B. Der Anspruch auf Besoldung ... 184
I. Der Anspruch auf Besoldung und die Alimentationspflicht des Dienstherrn ... 184
1. Anspruch auf Besoldung ... 184
2. Verhältnis zu anderen Regelungen ... 184
3. Landesrechtliche Regelungen ... 184
4. Festsetzung der Besoldung ... 184
5. Besoldung im faktischen Beamtenverhältnis ... 185
II. Der zeitliche Beginn des Besoldungsanspruchs ... 185
1. Grundsatz ... 185
2. Versetzung ... 186
3. Übernahme und Übertritt ... 186
4. Übertragung eines Amtes mit anderem Endgrundgehalt ... 186
5. Rückwirkende Einweisung in eine Planstelle ... 186
6. Rückwirkende Besoldungserhöhungen ... 187
III. Das zeitliche Ende des Besoldungsanspruchs ... 187
IV. Die Fortgewährung der Besoldung ... 188
1. Urlaub ... 188
2. Krankheit ... 188
3. Mutterschutz und Elternzeit ... 188
C. Der Besoldungsanspruch in Sonderfällen ... 188
I. Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ... 188
1. Ruhestandseintritt ... 188
2. Anwendungsbereich ... 188
3. Fortzahlung der Dienstbezüge ... 189
4. Anrechnung anderer Einkünfte ... 190

5. Landesrechtliche Regelungen ... 190
II. Mehrere Hauptämter ... 190
III. Teilzeitbeschäftigung ... 191
1. Anteilmäßige Verringerung der Bezüge ... 191
2. Landesrechtliche Regelungen ... 193
3. Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit ... 193
4. Altersteilzeit und Altersteilzeitzuschlag ... 193
IV. Besoldung in der Familienpflege- und Pflegezeit ... 194
V. Zuschlag bei Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand ... 195
VI. Besoldungskürzung bei Versorgung durch eine zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung ... 195
1. Grundsatz ... 195
2. Voraussetzungen der Kürzung ... 196
3. Berechnung und Verfahren ... 197
4. Landesrechtliche Regelungen ... 197
VII. Ausgleichszulage für den Wegfall von Stellenzulagen ... 197
1. Sinn und Zweck der Regelung ... 197
2. Voraussetzungen ... 198
3. Landesrechtliche Regelungen ... 198
VIII. Besoldungsanspruch bei Verleihung eines anderen Amtes ... 199
D. Das Schuldrecht der Besoldung ... 199
I. Die Erfüllung des Besoldungsanspruchs ... 199
1. Anteilige Zahlung für Teile eines Kalendermonats ... 199
2. Zahlungsweise ... 200
3. Zahlung von Vorschüssen ... 200
4. Verzinsung ... 200
5. Rundungsregeln ... 201
6. Unbare Zahlung ... 201
7. Bezügemitteilungen ... 202
II. Verjährung und Verwirkung ... 202
1. Anwendung der Verjährungsregeln des Bürgerlichen Rechts ... 202
2. Hemmung der Verjährung ... 203
3. Vereinbarungen über die Verjährungsverlängerung ... 203
4. Verjährungseinrede ... 203
5. Verwirkung ... 204
III. Fernbleiben vom Dienst und andere Leistungsstörungen ... 204
1. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung ... 204
2. Fernbleiben vom Dienst ... 205
3. Schranken der Dienstleistungspflicht ... 205
4. Genehmigung des Dienstherrn ... 207
5. Unerlaubte Dienstversäumnis ... 208
6. Verschulden ... 208
7. Rechtsfolgen ... 209
IV. Anrechnung anderer Einkünfte auf den Besoldungsanspruch ... 210
1. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung ... 210
2. Voraussetzungen ... 210
3. Auskunftspflicht ... 212
4. Vorrang des Disziplinarrechts ... 212
5. Zuweisung ... 212
6. Landesrechtliche Regelungen ... 212
V. Anrechnung von Sachbezügen auf den Besoldungsanspruch ... 212
1. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung ... 212
2. Gewährung von Sachbezügen ... 213

3. Umfang der Anrechnung ... 213
4. Verfahren und Rechtsschutz ... 214
5. Einzelne Sachbezüge ... 214
6. Landesrechtliche Regelungen ... 214
7. Exkurs: Aufwandsentschädigungen ... 214
VI. Rechtsgeschäftliche Verfügungen über den Besoldungsanspruch ... 216
1. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung ... 216
2. Abtretung ... 216
3. Pfändung ... 217
4. Verpfändung ... 217
5. Aufrechnung ... 218
6. Zurückbehaltungsrecht ... 219
7. Landesrechtliche Regelungen ... 219
VII. Vorschüsse ... 220
VIII. Rückforderung von Bezügen ... 220
1. Anwendungsbereich ... 220
2. Verbot der rückwirkenden Verschlechterung ... 221
3. Rückforderung von Überzahlungen ... 221
4. Rückforderung von Leistungen ... 221
5. Rückzahlungsvereinbarungen ... 225
6. Schadensersatzansprüche ... 226
7. Verjährung ... 226
8. Beweislast ... 226
9. Verzinsung ... 227
10. Rückerstattung erbrachter Leistungen durch Dritte ... 227
IX. Anpassung der Besoldung ... 229
§ 8 Wechselwirkungen mit anderen Vorschriften des Beamtenrechts (Allgemeines Beamtenrecht, Beamtenversorgungsrecht, Disziplinarrecht) ... 232
A. Einführender Überblick ... 233
B. Wechselwirkungen des Besoldungsrechts mit dem allgemeinen Beamtenrecht, insbesondere dem Beamtenstatusrecht ... 233
I. Besoldungsrecht und Statusamt ... 234
1. Die Bedeutung der Ernennung für den Besoldungsanspruch ... 234
2. Statusänderungen im bestehenden Beamtenverhältnis, insbesondere Beförderung ... 235
3. Beendigung des Beamtenverhältnisses und Besoldungsanspruch ... 237
II. Besoldungsrecht und Beschäftigungsverhältnis ... 238
1. Teilzeitbeschäftigung, Altersteilzeit und Familienpflegezeit ... 238
2. Beurlaubung und Zeiten ohne Anspruch auf Dienstbezüge ... 239
III. Besoldungsrecht und Funktion und Leistung des Beamten ... 240
1. Wahrnehmung besonderer Funktionen: Amts- und Stellenzulagen 240
2. Besoldungsrecht und Leistung des Beamten ... 240
3. Auslandseinsatz ... 241
4. Mehrarbeit ... 241
IV. Besoldungsrechtliche Auswirkungen von Fehlverhalten des Beamten 242
1. Fernbleiben vom Dienst ... 242
2. Schlechtleistung ... 242
V. Besoldungsrecht und besondere Arten von Beamtenverhältnissen ... 242
C. Wechselwirkungen des Besoldungsrechts mit dem Beamtenversorgungsrecht ... 243
I. Allgemeines ... 243
II. Besoldungsrecht und Versetzung in den Ruhestand ... 243
III. Die Ruhegehaltfähigkeit von Dienstbezügen ... 243

1. Ruhegehaltfähigkeit des Grundgehaltes und des Familienzuschlags 244
2. Ruhegehaltfähigkeit von Dienstbezügen nach der Öffnungsklausel des § 5 Abs. 1 Nr. 3 BeamtVG ... 244
3. Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen ... 245
D. Wechselwirkungen des Besoldungsrechts mit dem Disziplinarrecht ... 245
I. Disziplinarrechtliche Maßnahmen – Überblick ... 245
II. Besoldungsrechtliche Auswirkungen disziplinarrechtlicher Maßnahmen bei fortbestehendem Beamtenverhältnis ... 245
1. Einmalige Auswirkungen ... 245
2. Besoldungskürzungen ... 245
3. Veränderung des Statusamts durch disziplinarrechtliche Entscheidung und besoldungsrechtliche Wirkungen ... 246
III. Vorläufige Dienstenthebung ... 246
IV. Endgültige Beendigung des Beamtenverhältnisses ... 247
E. Wechselwirkungen des Besoldungsrechts mit sonstigen beamtenrechtlichen Materien (in Auswahl) ... 247
I. Besoldungsrecht und Beihilfenrecht ... 247
II. Besoldungsrecht und Reisekostenrecht ... 248
§ 9 Rechtsschutz im Besoldungsrecht ... 250
A. Einführender Überblick ... 252
B. Verwaltungsinterner Rechtsschutz ... 253
I. Vorverfahren nach §§ 68 ff. VwGO ... 253
1. Erfordernis des Vorverfahrens ... 253
2. Statthaftigkeit des Vorverfahrens unabhängig von der Rechtsnatur der besoldungsrechtlichen Maßnahme ... 257
3. Zulässigkeitsvoraussetzungen des Vorverfahrens ... 257
4. Inhaltliche Überprüfung ... 258
5. Zuständige Widerspruchsbehörde ... 258
6. Kosten des Widerspruchsverfahrens ... 259
II. Andere Formen verwaltungsinternen Rechtsschutzes ... 259
C. Rechtsschutz durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit ... 259
I. Einführender Überblick – Rechtsschutzkonstellationen ... 259
II. Eröffnung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes ... 260
III. Rechtsschutzformen (Klagearten) ... 261
1. Rechtsschutzform und die Qualifizierung besoldungsrechtlicher Maßnahmen ... 261
2. Die einzelnen Rechtsschutzformen (Klagearten) und ihr jeweiliges Anwendungsfeld im Besoldungsrecht ... 263
IV. Sachentscheidungsvoraussetzungen ... 266
1. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen für alle Klagen ... 266
2. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen für einzelne Klagen 266
V. Begründetheit ... 267
1. Anfechtungsklage ... 267
2. Verpflichtungsklage ... 268
3. Leistungsklagen ... 268
4. Feststellungsklagen ... 268
VI. Vorläufiger Rechtsschutz in besoldungsrechtlichen Streitigkeiten ... 268
1. Rechtspraktische Bedeutung ... 268
2. Statthaftigkeit ... 269
3. Sachentscheidungsvoraussetzungen ... 269
4. Begründetheit ... 269
D. Rechtsschutz durch die Verfassungsgerichtsbarkeit ... 270
I. Eröffnung des verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes – Einführung 270

II. Die Verfassungsbeschwerde (Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a GG) 270
1. Rechtspraktische Bedeutung 270
2. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde 271
3. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde 271
4. Rechtsfolgen 283
III. Die konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG) 284
1. Rechtspraktische Bedeutung 284
2. Zulässigkeit der konkreten Normenkontrolle 285
3. Prüfungsgegenstand der konkreten Normenkontrolle 286
4. Begründetheit der konkreten Normenkontrolle 288
5. Rechtsfolgen einer erfolgreichen Normenkontrolle 289
E. Rechtsschutz vor europäischen Gerichten 289
I. Rechtsschutz durch den EuGH 289
1. Vorabentscheidungsverfahren 289
2. Weitere Verfahrensarten 291
II. Rechtsschutz durch den EGMR 291
F. Rechtsschutz vor den Zivilgerichten (Sekundärrechtsschutz) 292

3. Kapitel: Besonderes Besoldungsrecht in Bund und Ländern

§ 10 Besonderheiten kraft räumlicher Verwendung 293
A. Thematische Eingrenzung 294
B. Rechtsgrundlagen 294
C. Auslandsbesoldung 295
I. Überblick und Systematik 295
II. Historische Entwicklung, einschließlich der bislang letzten Änderungen in den §§ 52 ff. BBesG 296
III. Auslandsdienstbezüge gem. §§ 52–55 BBesG 297
1. Hinzutreten der Auslandsdienstbezüge zu den Inlandsdienstbezügen 297
2. Bestandteile der Auslandsdienstbezüge 298
3. Gemeinsame Voraussetzung für einen Anspruch dem Grunde nach 298
4. Beginn und Ende der Zahlung von Auslandsdienstbezügen 299
5. Faktoren für die Bemessung der Höhe des Auslandszuschlags gem. § 53 BBesG 299
6. Mietzuschuss gem. § 54 BBesG 304
7. Kaufkraftausgleich gem. § 55 BBesG 306
IV. Auslandsverwendungszuschlag und Auslandsverpflichtungsprämie gem. §§ 56, 57 BBesG 306
1. Auslandsverwendungszuschlag 306
2. Auslandsverpflichtungsprämie 309
V. Zulage für Kanzler an großen Botschaften gem. § 58 BBesG 310
VI. Landesrecht 311
1. Geltung des derzeitigen Bundesrechts 311
2. Geltung eines neuen, eigenständigen Landesrechts 313
3. Fortgeltung des Bundesrechts mit dem Stand 2006 313
D. Besoldungsrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit Abordnung, Versetzung und Zuweisung 314
I. Vorfragen für das Verständnis der besoldungsrechtlichen Aspekte ... 314
1. Gesetzliche Regelungssystematik 314
2. Grundlegende Merkmale der Abordnung, Versetzung und Zuweisung 314

II. Die besoldungsrechtlichen Aspekte im Zusammenhang mit einer Abordnung, Versetzung und Zuweisung ... 315
1. Abordnung ... 315
2. Versetzung ... 316
3. Zuweisung ... 317
§ 11 Besoldung der Richter und Staatsanwälte ... 318
A. Einleitung ... 319
B. Historische Gründe für die Schaffung einer eigenständigen Richterbesoldung ... 320
I. Das Bundesbesoldungsgesetz vom 27.7.1957 ... 321
II. BVerfGE 12, 81 (Entscheidung „Richterbesoldung I“) ... 321
III. BVerfGE 26, 141 (Entscheidung „Richterbesoldung II“) ... 322
IV. BVerfGE 32, 199 (Entscheidung „Richterbesoldung III“) ... 322
V. Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23.5.1975 (2. BesVNG) 323
VI. BVerfGE 55, 372 (Entscheidung „Richterbesoldung IV“) ... 324
VII. Deutsche Einheit und Föderalismus-Reform I ... 325
VIII. BVerfGE 139, 64 ff. (Entscheidung „R-Besoldung I“) ... 325
IX. BVerfGE 155, 1 ff. (Entscheidung „R-Besoldung II“) ... 327
X. BVerfG, Beschl. v. 17.9.2025 – 2 BvL 5/18 u. a. ... 329
C. Einbeziehung der Staatsanwälte in die R-Besoldung ... 329
D. Verfassungsrechtliche Vorgaben ... 329
I. Gesetzgebungskompetenz ... 330
II. Alimentationsprinzip und richterliches Amtsrecht ... 330
III. Die R-Besoldung im Überblick ... 330
1. Die Struktur der R-Besoldung ... 330
2. Die Grundzüge der R-Besoldung ... 331
3. Stufeneinstieg ... 332
4. Stufenaufstieg ... 332
IV. Die Ämter der Besoldungsordnung R ... 332
E. Leistungselemente und Wertigkeit der Richterplanstellen ... 333
I. Differenzierung zwischen richterlicher Tätigkeit und Verwaltungstätigkeit ... 333
1. Das System des weiteren aufsichtführenden Richters ... 334
2. Die besondere Zulage für Richter nach Art. 56 Abs. 2 BayBesG . 334
II. Stellenhebungen ... 335
F. Besoldung der Bundes- und Landesverfassungsrichter ... 336
I. Besoldung der Bundesverfassungsrichter ... 336
II. Besoldung bzw. Vergütung der Landesverfassungsrichter ... 337
1. Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg ... 337
2. Bayerischer Verfassungsgerichtshof ... 338
3. Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin ... 338
4. Verfassungsgericht des Landes Brandenburg ... 339
5. Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen ... 339
6. Hamburgisches Verfassungsgericht ... 340
7. Staatsgerichtshof des Landes Hessen ... 340
8. Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern ... 340
9. Niedersächsischer Staatsgerichtshof ... 340
10. Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen ... 341
11. Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz ... 341
12. Verfassungsgerichtshof des Saarlandes ... 341
13. Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen ... 342
14. Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt ... 342

15. Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht 342
16. Thüringer Verfassungsgerichtshof 343
G. Versorgungsrecht 343
I. Regelaltersgrenze 343
II. Vorzeitiger Ruhestand und Hinausschieben der Altersgrenze 343
§ 12 Besoldung der Professoren und hauptberuflichen Mitglieder der Hochschulleitungen 345
A. Gründe für die Schaffung einer eigenständigen Professorenbesoldung .. 345
B. Die Entwicklung der Professorenbesoldung 346
I. Rechtslage bis zur Einführung der sog. „C-Besoldung“ 346
II. Die „C-Besoldung“ 348
III. Die Einführung der „W-Besoldung“ durch das ProfBesReformG 2002 349
1. Vorbemerkungen 349
2. Grundidee des Systems der W-Besoldung 350
3. Grundstrukturen des Systems der W-Besoldung nach Bundesrecht (§§ 32 ff. BBesG) 351
IV. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14.2.2012: Verfassungswidrigkeit der W2-Besoldung 355
C. Verfassungsrechtliche Vorgaben 356
I. Gesetzgebungskompetenz 356
II. Alimentationsprinzip 357
1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14.2.2012 357
2. Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers 357
3. Kriterien für eine amtsangemessene Besoldung von Professoren .. 358
4. Überleitungs- und Anrechnungsfragen; das Konsumtionsproblem 359
D. Aspekte des Rechtsschutzes bei der Vergabe von Leistungsbezügen 360
E. Zur aktuellen Rechtslage im Bund und in den Ländern 362
I. Bund 362
II. Länder 362
§ 13 Die Besoldung der Soldaten 363
A. Die Dienstverhältnisse der Soldaten 364
I. Das Soldatenverhältnis 364
II. Wehrdienst auf Grund der Wehrpflicht 364
III. Freiwilliger Wehrdienst 366
1. Freiwilliger Wehrdienst nach dem SG als SaZ, BS, RDL oder als Reservist nach dem Reservistengesetz 366
2. Freiwilliger Wehrdienst nach § 58b SG als FWDL 368
3. Freiwilliger Reservewehrdienst nach dem ResG 369
IV. Dienstgrade und Laufbahnen der Soldaten 369
B. Die Geldbezüge der Soldaten 371
I. Besoldung nach dem BBesG 371
1. Beginn und Ende des Anspruchs auf Besoldung 372
2. Das Grundgehalt 374
3. Stellen- und Erschwerniszulagen 378
4. Sonstige Geldbezüge nach dem BBesG 379
II. Wehrsold nach dem WSG 382
1. Beginn und Ende des Anspruchs 383
2. Wehrsold 383
3. Geldbezüge nach dem WSG 384
III. Ausbildungsgeld für Sanitätsoffizier-Anwärter 386
IV. Finanzielle Leistungen nach dem ResG 388
C. Sachbezüge 388

I. Bekleidung ... 388
II. Unentgeltliche truppenärztliche Versorgung (utV) ... 391
III. Unterkunft ... 392
IV. Verpflegung ... 394
V. Sachbezüge nach dem ResG ... 396
D. Leistungen nach dem USG ... 396
E. Nachversicherung und Dienstzeitversorgung der SaZ ... 397
F. Ausblick ... 400
§ 14 Anwärterbezüge ... 402
A. Rechtsgrundlagen, systematische Grundfragen ... 403
B. Der Anwärter als Beamter auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ... 404
C. Verfassungsrechtliche Vorgaben ... 405
D. Historische Entwicklung im Überblick ... 406
E. Begriff und Systematik der Anwärterbezüge, weitere Leistungen ... 407
I. Anwärterbezüge: Anwärtergrundbetrag und Anwärtersonderzuschlag 407
II. Weitere Leistungen ... 408
F. Die einzelnen Bestandteile der Anwärterbezüge ... 408
I. Anwärtergrundbetrag nach § 61 BBesG ... 408
II. Anwärtererhöhungsbetrag nach § 62 BBesG ... 412
III. Anwärtersonderzuschläge nach § 63 BBesG ... 413
1. Sinn und Zweck ... 413
2. Grund und Grenze der Anwärtersonderzuschläge ... 413
3. Abschluss des Vorbereitungsdienstes und anschließende Tätigkeit beim Bund ... 415
4. Rückzahlungspflicht ... 416
IV. Gewährungszeitraum nach § 60 BBesG ... 418
V. Anrechnung nach § 65 BBesG ... 419
1. Sinn und Zweck ... 419
2. Anrechnung von Entgelt für Nebentätigkeit ... 420
3. Weitere Anrechnungstatbestände ... 421
VI. Kürzung nach § 66 BBesG ... 422
1. Allgemeines ... 422
2. Sinn und Zweck ... 422
3. Kürzungsvoraussetzungen ... 422
4. Kürzungsausschlussgründe ... 423
VII. Unterrichtsvergütung für Lehramtsanwärter nach § 64 BBesG aF ... 424
VIII. Sonderfälle nach § 59 Abs. 3–5 BBesG ... 425
1. Dienstlicher Wohnsitz im Ausland ... 425
2. Studium im Rahmen des Vorbereitungsdienstes ... 426

4. Kapitel: Besoldungsrecht der EU-Bediensteten

§ 15 Besoldung von EU-Bediensteten ... 429
A. Historischer Überblick über den europäischen öffentlichen Dienst ... 431
I. Entwicklungslinien und Hintergründe ... 431
II. Strukturfragen ... 432
B. Das aktuelle europäische Dienstrecht – Grundstruktur des europäischen öffentlichen Dienstes ... 436
I. Rechtsgrundlagen ... 436
1. EurBSt ... 436
2. BSB ... 438
II. Arten der Mitarbeiter in den EU-Organen ... 439
1. Europabeamte ... 440

2. Sonstige Bedienstete 444
III. Rechte und Pflichten der Beamten/Bediensteten 445
1. Rechte der Beamten 446
2. Pflichten der Beamten 447
3. Sonstige Bedienstete 447
C. Die Besoldung der europäischen Beamten und die nationalen Rechte . 448
I. Grundlagen 448
II. Besoldungssystem der Beamten 449
III. Zulagen 453
1. Familienzulagen, Art. 67 Abs. 1 EurBSt 453
2. Auslandszulage, Art. 69 iVm Art. 4 Anhang VII EurBSt 453
3. Überstundenabgeltung durch Pauschalzulage und Vergütung für Lehrtätigkeit 454
IV. Besteuerung der Bezüge 454
V. Sonderabgabe („Solidarity levy") 455
VI. Berichtigungskoeffizient, Art. 64 iVm Anhang XI EurBSt 456
VII. Anpassung des Besoldungsniveaus, Art. 65 iVm Anhang XI EurBSt . 456
1. Verfahren gemäß Art. 65 iVm Anhang XI EurBSt 456
2. Ausnahmeregelungen bei der Anpassung des Besoldungsniveaus, Art. 10 und 11, Annex XI EurBSt 459
VIII. Versorgung im Ruhestand 462
IX. Beiträge zur Sozialversicherungssystemen 463
D. Vergütungssystem der Bediensteten der EU gemäß BSB 463
I. Bezüge der Bediensteten 463
II. Sozialversicherungsabgaben der Bediensteten 464
E. Historie der Reformdiskussion 465
I. Der Vorschlag der Kommission 465
II. Beförderung/Aufstieg 466
III. Reformbemühungen bis hin zur aktuellen Fassung des EurBSt 466
F. Mitwirkungsrechte der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung des Besoldungssystems 467
I. EU-Verordnungsgebung 467
II. Statutsbeirat 468

Sachverzeichnis 469